

## **Positionspapier**

**der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.**

### **Kinder haben ein Recht auf Bildung**

---



---

## Positionspapier der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.

### Kinder haben ein Recht auf Bildung

Artikel 28 der VN-Kinderrechts-Konvention, zu der sich auch Deutschland als Vertragsstaat verpflichtet hat, sichert Kindern das Recht auf Bildung ab der Grundschule zu. In Deutschland herrscht Schulpflicht und der Staat hat einen Bildungsauftrag. Dieser Verpflichtung und dem Anspruch, der sich daraus ergibt, kommt unser Staat aber immer schlechter nach.

Die Bildung in Deutschland steckt in einer tiefen Krise und damit auch das Recht auf Bildung, wie die jüngste PISA-Studie bestätigt. Chronisch unterfinanziert, nicht ausreichend digitalisiert und durch den Föderalismus ein Spielball unterschiedlichster Bildungsansätze, deckte die Corona-Krise zuletzt die vielfältigen Mängel auf – und vor allem das Kinderrechte nicht genügend beachtet und umgesetzt werden. Allein 2023 fehlen 14.500 Lehrkräfte, laut der Kultusministerkonferenz.

Um Schule zu einem wirklichen Bildungsort zu machen, der Kinder auf die Zukunft vorbereitet und das Recht auf Bildung gewährleistet, bedarf es einem Sonderetat für Bildung und der Umsetzung des Digitalpakts sowie einer Offensive in der frühkindlichen Bildung.

Deutschland hat 2021 die Europäische Garantie für Kinder mit beschlossen, die hochwertige frühkindliche Bildung als kindliches Recht verbürgt und bekräftigt.

*„Ziel der Europäischen Garantie für Kinder ist es, soziale Ausgrenzung zu verhindern und zu bekämpfen, indem der effektive Zugang bedürftiger Kinder zu einer Reihe wichtiger Dienste gewährleistet wird. Dazu zählen:*

- *kostenlose frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung,*
- *kostenlose Bildung (einschließlich schulbezogener Aktivitäten und mindestens einer gesunden Mahlzeit pro Schultag),*
- *kostenlose Gesundheitsversorgung,*
- *gesunde Ernährung und*
- *angemessener Wohnraum.“<sup>1</sup>*

Damit steht Deutschland nicht nur in der Verpflichtung auf Beschulung, sondern haben Kinder einen Rechtsanspruch auf kostenlose und hochwertige (frühkindliche) Bildung. Genau hier muss ange setzt werden. Das Recht auf hochwertige Bildung darf nicht erst mit dem ersten Schultag beginnen. Das Recht auf Bildung ist universell und damit auch nicht zeitlich gebunden. Viele Probleme, denen sich Grundschulen gegenübersehen und ihnen erschweren den Bildungsauftrag zu erfüllen, entstehen vor der 1. Klasse, nämlich in der Kita. Doch viele Kitas verfügen noch nicht mal über den notwendigen Betreuungsschlüssel, um frühkindliche Bildung sicherzustellen. Deshalb muss das Recht auf Bildung vor allem in seinen Anfängen umgesetzt werden. Jedes Kind, das in die Schule kommt, muss mit dem gleichen Rüstzeug für einen guten Bildungsstart ausgestattet sein. Armut und Sprachbarrieren dürfen Kinder nicht in ihren Lernfähigkeiten beschränken.

---

<sup>1</sup> <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1428&langId=de>

---

**Deshalb fordert die Deutsche Kinderhilfe ein Recht auf gute frühkindliche Bildung mit einer zweijährigen verpflichtenden Vorbereitung in der Kita auf die Schule.**

### **Kinderrechte ins Grundgesetz**

Aber wie ernst es Deutschland wirklich mit der Umsetzung ist, zeigt sich bereits daran, dass weder im Grundgesetz noch in irgendeinem Schulgesetz die UN-Kinderrechtskonvention explizit verankert ist. Dabei ist das Wohl des Kindes vorrangig zu beachten.

**Deshalb fordert die Deutsche Kinderhilfe, die Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu vollziehen.**

### **Sofortprogramm für gute Bildung**

Solange aber die Kinderrechte nicht auch explizit im Grundgesetz verankert sind, ruht die Hoffnung auf der Europäischen Garantie für Kinder. Aber auch hier sind keine schnellen Verbesserungen für das kindliche Recht auf hochwertige Bildung zu erwarten. Um die Garantie umzusetzen, haben die Staaten bis 2030 Zeit – das sind aber noch acht Jahre! In diesen acht Jahren starten ca. achthunderttausend Kinder jedes Jahr als Abc-Schützen deutschlandweit die Schule, fällt jedes Jahr für Millionen von Kindern immer mal wieder der Unterricht aus und bleiben über 50.000 Jugendliche Jahr für Jahr ohne Abschluss zurück – mit steigender Tendenz. Das darf nicht sein!

**Die Deutsche Kinderhilfe fordert jetzt ein Sofortprogramm für Bildung, in dem das Recht auf gute Bildung umgesetzt wird. Bildung muss dabei zu einem zentralen Politikfeld von Bund und Ländern werden.**

Bund und Länder müssen sich gemeinsam in der Verantwortung sehen. Und hier wird weder ein Bildungsgipfel noch schöne Reden reichen. Es braucht ein Beschlussfähiges Gremium der Länder, wo auch der Bund ein Mitspracherecht hat, dass verbindlich Standards festlegt, von dem auch niemand hinterher wieder abweicht. Das dabei auch um Bildung gerungen wird, ist gut und richtig, aber dass jedes Bundesland in seinem eignen Bildungsexperimentierfeld verharrt, schadet unserem Land und unseren Kindern. Es schadet aber vor allem den schwächsten – den von Armut betroffenen Kindern.

### **Recht auf gleich gute Bildung**

Jedes Kind hat ein Recht auf gleich gute Bildung. Nichts schützt so gut vor Armut, wie eine gute Bildung. Aber in Deutschland geht die Schere immer weiter auseinander. Die Kompetenzen in den Bereichen Lesen, Zuhören, Rechtschreibung und Mathematik sinken kontinuierlich ab. Immer mehr Schülerinnen und Schüler können die Mindeststandards nicht mehr erreichen. Der Bildungserfolg ist in Deutschland immer stärker mit dem sozioökonomischen Hintergrund verknüpft und so kann es keine Bildungsgerechtigkeit im deutschen Bildungssystem geben.

---

**Die Deutsche Kinderhilfe fordert eine Erneuerung des Aufstiegsversprechens. Kein Kind sollte ohne Schulabschluss bleiben. Dazu brauchen wir die Einführung der Kindergrundsicherung.**

Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels müssen wir ein Interesse daran haben, allen Kindern eine gute Ausbildung zu geben und niemanden zurückzulassen. Dafür brauchen wir endlich Chancengerechtigkeit und echte Teilhabe für alle Kinder.

### **Recht auf digitale Bildung**

Zum Recht auf gute Bildung gehört auch das Recht auf zeitgemäße Bildung. Jugendliche müssen auf die zukünftige Arbeitswelt vorbereitet werden. Dazu gehört vor allem auch ein Recht auf gute digitale Bildung. Aber auch hier lässt sich die Politik Zeit. Der Digitalpakt 2.0 ist noch immer nicht auf den Weg gebracht. Angesichts leerer Haushaltskassen ist damit auch nicht mehr so bald zu rechnen. Doch mit dem Digital-Pakt Schule sollte der Bund die Länder und Gemeinden bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur unterstützen. Ziele des Digitalpaktes war der flächendeckende Aufbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungsinfrastruktur unter dem Primat der Pädagogik. Problematisch ist hier vor allem, dass der erst Digitalpakt im Mai 2024 ausläuft und nun nicht geklärt ist, wie Kommunen finanzielle Mittel für die schulische Digitalisierung und auch die technische Wartung und Systempflege der schulischen IT-Infrastruktur weiter aufrechterhalten können. Sollte der Digitalpakt 2.0 nicht kommen, droht auch hier wieder ein weiterer Bildungsverlust, gerade mühsam aufgebauten Strukturen. Somit wäre nicht nur eine Weiterführung in Gefahr, sondern würde der Digitalpakt 1.0 als Fehlinvestition verbucht werden müssen.

**Die Deutsche Kinderhilfe fordert eine Zusicherung einer Anschlussfinanzierung für den Digitalpakt Schule ab 2024.**

Hier zeigt sich einmal mehr, ohne Investitionen wird sich die Bildung in Deutschland kaum verbessern lassen. Uns ist bewusst, dass die Haushaltslage für Neuinvestitionen schwierig ist, gleichwohl können Kinder nun einmal nicht warten und dass nicht, weil sie tendenziell ungeduldig sind, nein, diese Generation geht jetzt in die Schule und erhält jetzt mangelhaften Unterricht. Jeden Tag, an dem wir nicht investieren, verspielen wir die Zukunft einer ganzen Generation.

**Deshalb fordert die Deutsche Kinderhilfe einen Sonderetat für Bildung, die chronisch unterfinanziert ist, um das Recht auf gute Bildung jetzt wirklich umzusetzen.**

Das Recht auf qualitativ gute Bildung für alle Kinder muss jetzt umgesetzt werden. Bildung muss früher anfangen, ins Zentrum der Politik und Bund und Länder müssen in gemeinsamer Verantwortung für eine einheitliche Bildungspolitik stehen.